

Der Iran-Deal ist durch – Wie steht es eigentlich um die nukleare Abrüstung?

Policy Paper

Hakan Akbulut

Zusammenfassung

Der Iran und die P5+1 erzielten am 14. Juli 2015 eine Einigung auf den *Joint Comprehensive Plan of Action* zur Beilegung des seit 13 Jahren währenden Disputs um das iranische Nuklearprogramm. Dieses Papier lenkt den Blick von der Non-Proliferation auf die nukleare Abrüstung und geht der Frage nach, ob in diesem Bereich ein ähnlicher Durchbruch gelungen ist und die Nuklearwaffenstaaten der Abrüstungsverpflichtung aus dem NPT nachgekommen sind.

Abstract

Iran and the P5+1 reached agreement on the *Joint Comprehensive Plan of Action* in Vienna on 14 July 2015 in an effort to solve the long-standing dispute over Iran's nuclear program. This paper redirects attention to the topic of nuclear disarmament and raises the question whether similar progress has been achieved in this realm, too, and consequently explores whether the nuclear weapons states have been implementing the disarmament provisions of the NPT.

Keywords

Iran-Deal, nukleare Non-Proliferation, nukleare Abrüstung, humanitäre Initiative

Autor

Mag. Hakan Akbulut ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte bilden die türkische Außen- und Sicherheitspolitik, nukleare Non-Proliferation und Abrüstung sowie der Zypernkonflikt. Hakan Akbulut absolviert derzeit ein Doktoratsstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Einleitung

Am 14. Juli 2015 erzielten die P5+1 (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, und die USA plus Deutschland) und der Iran eine Einigung auf einen umfassenden Aktionsplan (*Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA*), mit dem der Nukleardisput der letzten 13 Jahre nun beigelegt werden soll. Der Plan sieht weitreichende Beschränkungen für das iranische Nuklearprogramm für die nächsten 10 bis 15 Jahre vor, etabliert eine Reihe von zusätzlichen Transparenz- und Verifikationsmaßnahmen für die Dauer von bis zu 25 Jahren (oder von permanenter Natur, sollte der Iran das Zusatzprotokoll nicht nur vorläufig anwenden und später eine Ratifikation anstreben, sondern auch tatsächlich ratifizieren), und regelt die Sequenz der Sanktionsaufhebung sowie ihre Reichweite. Ein zusätzliches Abkommen zwischen dem Iran und der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) mit dem Titel „Road-map for the clarification of past and present outstanding issues regarding Iran’s nuclear programme“ widmet sich gleichzeitig der Lösung der sog. „possible military dimensions“ des iranischen Nuklearprogramms, also der vermeintlich nuklearwaffenbezogenen Aktivitäten des Irans, die der Generaldirektor in seinem Bericht an den Gouverneursrat im November 2011 näher ausführte. Eine Klärung dieser offenen Punkte soll bis 15. Oktober 2015 erfolgen und der Generaldirektor dem Gouverneursrat bis 15. Dezember 2015 einen Bericht hierüber vorlegen. Von Bedeutung ist, dass der IAEA-Generaldirektor und der Leiter der Safeguards-Abteilung, Tero Varjoranta, im September 2015 den Iran besucht haben und Zutritt zu einer Anlage in Parchin, die in den letzten Jahren ein Stein des Anstoßes gewesen war, hatten. Darüber hinaus wurden noch vor diesem Besuch in der Anlage auch Proben genommen – von iranischen ExpertInnen, jedoch „under [...] responsibility and monitoring“ der IAEA, die sodann zur Analyse nach Wien verbracht wurden (IAEA 2015). „Significant progress has been achieved in the implementation of the Road-map“, hielt Generaldirektor Amano fest, nachdem er den Gouverneursrat über seinen Besuch in den Iran informiert hatte (ibid.).

Im Nukleardisput mit dem Iran konnte also nach jahrelangen Verhandlungen eine diplomatische Lösung erzielt und eine wesentliche Entspannung erwirkt werden. Natürlich gilt zu bedenken, dass sich die Umsetzung der Vereinbarung über Jahre erstreckt, und somit abzuwarten gilt, wie sich die Implementierung gestaltet. Die letzten Jahre, insbesondere der Abschluss der Interimsvereinbarung von Genf im November 2013 sowie die oben genannten positiven Entwicklungen des Sommers 2015 haben jedoch klar gezeigt, dass vorerst politischer Wille sowie Entschlossenheit auf allen Seiten existieren, um dieses Problem einer dauerhaften Lösung zuzuführen. Ungeachtet der Frage, ob der Iran jemals vor hatte, tatsächlich die Bombe

zu bauen, was offen bleibt, wurde mit dem Wiener Abkommen jedenfalls die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios wesentlich verringert. In diesem Sinne kann das Jahr 2015 als ein erfolgreiches für die Nonproliferation gesehen werden. Wie steht es aber um die Abrüstung? Sind die fünf Nuklearwaffenstaaten, die dieses Abkommen mit dem Iran ausverhandelt haben, ihren Verpflichtungen aus dem Kernwaffensperrvertrag (*Nuclear Non-Proliferation Treaty*, NPT) genauso nachgekommen? Wie verhält es sich mit der deutschen Beteiligung an der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO („nuclear sharing“) – die sich in erster Linie in Form einer Stationierung von taktischen Nuklearwaffen auf deutschem Boden manifestiert – oder um das Nukleararsenal Israels, also jenes Staates, der in den letzten Jahren die Kriegstrommeln gerührt und sich dezidiert gegen das Abkommen mit dem Iran ausgesprochen hat. War 2015 auch ein gutes Jahr für die nukleare Abrüstung?

Das Warten auf bessere Zeiten

Es sind 45 Jahre seit dem Inkrafttreten des NPT vergangen, in dem sich die als Nuklearwaffenstaaten auf Zeit lizenzierten Staaten (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA) zur Abrüstung verpflichtet haben. Mehr als vier Dekaden später verfügen sie gemeinsam mit jenen dem NPT nicht beigetretenen Ländern im Besitz von Nuklearwaffen (Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan) über knapp 16.000 nukleare Sprengköpfe (vgl. SIPRI 2015). Wird ein Vergleich mit der Phase des Kalten Krieges gezogen, so ist eine deutliche numerische Reduktion bezüglich der Anzahl der Sprengköpfe festzustellen. Allein die USA und die Sowjetunion waren in den 1980er Jahren im Besitz von mehr als 60.000 Sprengköpfen. Gleichzeitig hat sich jedoch der Klub der Staaten im Besitz von Nuklearwaffen um weitere Mitglieder (siehe die NPT-Outliers Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan) erweitert. „Although any proposed reduction is welcome, it is doubtful that survivors — if there were any — of an exchange of 3,200 warheads (the U.S. and Russian numbers projected for 2012), with a destructive power approximately 65,000 times that of the Hiroshima bomb, could detect a difference between the effects of such an exchange and one that would result from the launch of the current U.S. and Russian forces totaling about 12,000 warheads“, schrieb der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara (2005) im Jahr 2005 im Hinblick auf bevorstehende Reduktionen in den Arsenalen der USA und Russlands. Während die bisherigen Reduktionen also einen Schritt in die richtige Richtung darstellen, sorgen sie für keine wirkliche Entschärfung der Situation, geschweige denn für eine

Lösung des Problems. Hinzu kommt, dass mit einer steigenden Zahl der Akteure auch die Wahrscheinlichkeit möglicher Irrtümer, Fehlentscheidungen und technischer Gebrechen steigt.

Dies ist auch der Ausgangspunkt der humanitären Initiative, die in den letzten Jahren vor allem auch von Österreich forciert wurde. Sie möchte ins Bewusstsein rufen, dass die bestehenden Arsenale nicht lediglich für die Antagonisten von Staaten im Besitz von Nuklearwaffen sowie für die Bevölkerungen dieser Staaten selbst eine Bedrohung darstellen, sondern für die gesamte Menschheit.¹ Die fatalen globalen Konsequenzen sowie die Unmöglichkeit einer adäquaten Vorbereitung und Krisenbewältigung im Falle eines Schadenseintritts gilt es in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken und mit dem traditionellen Sicherheitsdiskurs zu brechen. So soll der Abrüstungsdiskurs wiederbelebt werden, was in der Konsequenz zu einer „Dynamisierung der multilateralen Abrüstungsverhandlungen“ und zur Realisierung entsprechender Abrüstungsschritte führen soll (BMeiA 2013).² Zu diesem Zweck fanden bis dato drei internationale Konferenzen statt; die letzte hiervon im Dezember 2014 in Wien, an der erstmals auch die USA und Großbritannien als Nuklearwaffenstaaten (NWS) teilnahmen. Indien und Pakistan als weitere Staaten im Besitz von Nuklearwaffen hatten die vorangegangenen Konferenzen in Norwegen und Mexiko genauso besucht.

Die Diskussionen auf der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen veranschaulichten einmal mehr, wie unterschiedlich die Situation sowie die Dringlichkeit eines Handlungsbedarfs von NWS und ihren Verbündeten auf der einen Seite und den meisten Nichtnuklearwaffenstaaten (NNWS) auf der anderen beurteilt wird. Die NWS und ihre Verbündeten (wie etwa Australien, Belgien, Kanada, die Tschechische Republik, die Niederlande, Polen oder die Türkei) bekannten sich zumindest auf einer rhetorischen Ebene zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt, verwiesen jedoch gleichzeitig auf eine Notwendigkeit, auf das Sicherheitsumfeld Rücksicht zu nehmen und die Implikationen einer Abrüstung für Stabilität und Sicherheit mit zu bedenken. Es sei zunächst notwendig, die Voraussetzungen für eine nukleare Abrüstung zu schaffen. Vor dem Hintergrund, dass viele NNWS eben die Gefahren, die von Nuklearwaffen ausgehen, thematisiert und ihre Zerstörung

¹ Die IPPNW (*International Physicians for the Prevention of Nuclear War*) rechnen zum Beispiel vor, dass ein begrenzter nuklearer Schlagabtausch, bei dem nicht mehr als 100 Sprengköpfe zum Einsatz kommen, das Klima und die Landwirtschaft dermaßen in Mitleidenschaft ziehen würde, dass das Leben von bis zu zwei Milliarden Menschen gefährdet wäre (IPPNW n.d.).

² Ein nuklearer Schlagabtausch müsste natürlich nicht nur im Hinblick auf ihre Konsequenzen globale Ausmaße annehmen. Auch in Bezug auf die beteiligten Akteure ist eine rasche Ausweitung des Konflikts von einem regional begrenzten zu einem globalen durchaus denkbar.

gefordert haben, hielt etwa die Vertreterin Großbritanniens fest, dass „this approach fails to take account of, and therefore jeopardises, the stability and security which nuclear weapons can help to ensure“ (UK 2014). Ein „step-by-step approach through the NPT is the only way to combine the imperatives of disarmament and of maintaining global stability“, fügte sie hinzu. Unverblümt gab der tschechische Vertreter an, dass „the Czech Republic, along with its allies, considers the reality of the international security environment such that leaves no room for re-assessing our current commitments, including the nuclear deterrence doctrine“ (Czech Republic, 2014). Auf die Notwendigkeit, dass sich zunächst der Kontext ändern müsse bevor sich Länder von der nuklearen Abschreckung abwenden könnten, verwies genauso der deutsche Repräsentant, der aus einem Beitrag der sog. „Four Horsemen“ (Sam Nunn, William Perry, Henry Kissinger und George Schultz), welcher im Jahr 2011 im *Wall Street Journal* erschienen war, zitierte: Eine Welt „without nuclear weapons will not simply be today’s world minus nuclear weapons“, hielten damals die ehemaligen US-Politgranden fest (Schultz et al. 2011; Germany 2014).

Die NWS und jene, die in den „Genuss“ der erweiterten nuklearen Abschreckung kommen, treten insgesamt für eine Schritt-für-Schritt-Annäherung („step-by-step approach“) an das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt ein oder sprechen in diesem Zusammenhang von sog. Baublöcken bzw. von „mutually reinforcing ‘building-blocks’ that are multilateral, plurilateral, bilateral or unilateral“ (UNGA 2013a), die in zeitlicher Abfolge aneinander gefügt zu einer nuklearwaffenfreien Welt führen würden. Als solche Schritte oder Baublöcke werden u.a. das Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban-Treaty*, CTBT), die Verabschiedung eines Vertrags, der die Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke verbietet (*Fissile Material Cut-Off Treaty*, FMCT), die Bildung von nuklearwaffenfreien Zonen (*Nuclear Weapons Free Zones*, NWFZs) oder die Reduktion der Rolle von Nuklearwaffen in den Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen von Staaten im Besitz von Nuklearwaffen angesehen; allesamt Maßnahmen und Schritte, deren Notwendigkeit stets bestätigt und Realisierung wiederholt gefordert wurde, zuletzt in dem im Jahre 2010 auf der NPT-Überprüfungskonferenz einstimmig angenommenen (unverbindlichen) Aktionsplan.

Die meisten NNWS hingegen verwiesen auf die Notwendigkeit, die Sicherheit aller zu gewährleisten anstatt die Sicherheitsbedürfnisse einzelner zu berücksichtigen. Die Existenz von Nuklearwaffen tangiere die Sicherheitsinteressen vieler, weshalb sie unverzüglich verboten

werden müssten. Die Voraussetzungen für die umfassende nukleare Abrüstung seien mit der Annahme des NPT geschaffen worden, argumentierte zum Beispiel der Vertreter Südafrikas (South Africa 2014). Der Iran forderte, dass Länder ihren Worten nun Taten folgen lassen müssten. Dementsprechend wurde wohl in Anspielung auf die NATO gefordert, dass betreffende Länder den sofortigen Abzug von Nuklearwaffen aus ihrem Territorium veranlassen, sich von Vereinbarungen oder Bündnissen, die sich auf nukleare Waffen stützten, zurückziehen, und verlautbaren sollten, dass der Besitz und der Einsatz von Nuklearwaffen oder die Androhung ihres Einsatzes illegal seien (Iran 2014). Kuba schlug vor, dass die UN-Generalversammlung (UNGA) eine offene Arbeitsgruppe („open-ended working group“) einsetzen sollte, die den Text einer Nuklearwaffenkonvention, welche die nachprüfbare Zerstörung aller Nuklearwaffen innerhalb von 20 Jahren verfügen würde, ausarbeiten sollte. Diese sollte sodann 2018 der nächsten „internationalen Konferenz der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über nukleare Abrüstung“ (*High-Level Meeting of the General Assembly on Nuclear Disarmament*) vorgelegt und schließlich angenommen werden.

Die von der Generalversammlung im Dezember 2013 verabschiedete Resolution 68/32 hatte bereits „die dringende Aufnahme von Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz, die zum baldigen Abschluss eines umfassenden Kernwaffenübereinkommens führen, das den Besitz, die Entwicklung, die Herstellung, den Erwerb, die Erprobung, die Lagerung, die Weitergabe, den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes dieser Waffen verbietet und ihre Vernichtung vorsieht“ gefordert (Generalversammlung 2013). Am Ende der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen hat Österreich auf ähnliche Weise alle NPT-Staaten aufgerufen, auf ein explizites völkerrechtliches Verbot von Nuklearwaffen hinzuarbeiten, und gleichzeitig seine Zusammenarbeit zur Verwirklichung dieses Ziels zugesichert (Austria 2014). Aus dieser sog. „Austrian Pledge“ wurde sodann die „Humanitarian Pledge“, welcher sich bis September 2015 bereits 117 Staaten angeschlossen hatten (vgl. ICAN 2015). Die größer werdende Unterstützung für die *Humanitarian Pledge* resultierte aus der mangelnden Bereitschaft auf Seiten der Staaten im Besitz von Nuklearwaffen, ihrer Abrüstungsverpflichtung aus dem NPT nachzukommen und auf die auf den zuvor genannten drei Konferenzen generierten Ergebnisse und vorgebrachten Argumente einzugehen, argumentierte der österreichische Botschafter Alexander Kmentt (Kmentt 2015), einer der treibenden Kräfte der humanitären Initiative, der aufgrund seines Engagements auch zur „Arms Control Person of the Year 2014“ gewählt wurde. Die Kluft zwischen den NNWS und NWS sei auch während der NPT-Überprüfungskonferenz 2015 deutlich zum Vorschein

getreten. Während die Konferenz nach Darstellung Kmentts prozedural am Thema NWFZ Naher Osten gescheitert sei, seien substantiell und viel fundamentaler für das Scheitern der Konferenz die „kaum mehr überbrückbaren fundamentalen Differenzen“ zwischen den NNWS und den NWS in der Frage der nuklearen Abrüstung gewesen (ibid.): Verlangte der Großteil der NNWS eine Abkehr von der nuklearen Abschreckung sowie rasche Abrüstungsschritte ohne Vorbedingungen, weigerten sich die NWS, die Dringlichkeit dieser Schritte anzuerkennen, und gaben an, ihren Verpflichtungen aus dem NPT ohnehin nachzukommen und „genug“ für die Abrüstung zu tun (ibid.). Die Abrüstungsdimension des NPT sei dadurch „massiv in Zweifel gezogen worden“, so Kmentt (ibid.).

Während also die Mehrheit der Staaten auf die Schließung der rechtlichen Lücke drängen und in diesem Sinne die Verabschiedung einer Nuklearwaffenkonvention fordern, welcher u.a. den Einsatz, die Produktion, Erprobung, Lagerung und die Weitergabe von Nuklearwaffen verbieten soll, wird dies von den NWS und ihren Verbündeten zumindest zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. Aus ihrer Perspektive steht eine Nuklearwaffenkonvention am Ende eines zeitlich offenen Prozesses, im Rahmen dessen die Bedingungen für ihre Verabschiedung Schritt für Schritt geschaffen werden müssen, nicht an seinem Anfang. Die Voraussetzungen für die Annahme einer solchen Konvention seien nicht erfüllt und es sei nicht möglich, hier eine Abkürzung zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Staaten im Besitz von Nuklearwaffen Maßnahmen ergreifen und Milliarden ausgeben, um zu gewährleisten, dass sie auch in den nächsten Dekaden über ein verlässliches und effektives nukleares Abschreckungspotential verfügen. Das *James Martin Center for Non-Proliferation Studies* in den USA etwa rechnet vor, dass die Instandhaltungs- und Modernisierungsprogramme der USA in den nächsten 30 Jahren bis zu einer Trillion Dollar verschlingen werden (Mukhatzhanova 2014, 19). Diese Programme umfassen „the development of a new SSBN [Ship Submersible Ballistic Nuclear (Ballistic Missile Submarine)], ICBM [Intercontinental Ballistic Missiles], bomber, cruise missile, and new interoperable nuclear warheads, along with life-extension programs for a number of warheads and refurbishment of existing delivery systems“ (ibid., 20). Russland gab 2011 an, in den Jahren 2011 bis 2020 \$ 70 Mrd. für die Instandhaltung und Modernisierung ausgeben zu wollen (ibid., 13). Auch hier sind u.a. ICBMs, SSBN sowie SLBMs [Submarine Launched Ballistic Missiles] von diesen Maßnahmen erfasst. Frankreich stellte ein neues SSBN 2010 in den Dienst. Geplant sind zudem ein neuer Sprengkopf sowie Modifikationen an der bestehenden SLBM.

Großbritannien will genauso an seinen seegestützten nuklearen Kapazitäten festhalten (ibid., 16). So wird am Design eines neuen SSBN gearbeitet, ohne dass eine endgültige Entscheidung auf ein konkretes Design oder eine Kaufentscheidung gefallen sei, hält Mukhatzhanova (2014, 17) fest. In Bezug auf China geben Kile and Kristensen (2013) an, dass das Land „appears to be expanding the size of its nuclear arsenal.“ Auch das *International Panel on Fissile Materials* (IPFM) merkt an, dass davon ausgegangen wird, dass das strategische Arsenal Chinas wächst, ohne dass konkrete Angaben über das Ausmaß sowie das Tempo dieser Expansion gemacht werden könnten (IPFM 2013, 56). Nach Angaben des Pentagon wird das erste mit SLBMs bestückte U-Boot der Jin-Klasse noch vor Ende dieses Jahres auf Patrouille gehen, womit auch das US-amerikanische Festland in ihre Treffreichweite fallen würde (Bloomberg Business, 24. September 2015). Im Falle Indiens und Pakistans wird genauso davon ausgegangen, dass sie ihre Arsenale ausbauen und modernisieren (IPFM 2013, 57). Beide Länder entwickeln neue ballistische Raketen sowie Marschflugkörper und stellen nach wie vor Plutonium für Waffenzwecke her (Kile/Kristensen 2013; IPFM 2013, 3). Die weitere Produktion von Plutonium wird auch im Falle Israels angenommen. Israel, das sein Nukleararsenal weiterhin weder bestreitet noch bestätigt, dürfte inzwischen über seegestützte Kapazitäten verfügen, während der Status der Jericho III Rakete mit einer geschätzten Reichweite von 4.800 bis 6.500 km offen bleibt (IPFM 2013, 57; Kile/Kristensen 2013; NTI 2013). Nordkorea hat nach Medienberichten den Betrieb des 5 MW Reaktors wieder aufgenommen, der jährlich 6 kg Plutonium produzieren könnte, sollten keine technischen Probleme auftreten (Washington Post, 15. September 2015; NTI 2014). Ob es das Land bewerkstelligt hat, seine Nuklearsprengsätze soweit zu verkleinern, dass sie auch auf eine Rakete montiert und auf diesem Wege transportiert werden können, bleibt ungewiss. Klar ist hingegen, dass Nordkorea am Ausbau seiner Raketenfähigkeiten arbeitet und hierbei auch seegestützte Kapazitäten anstrebt.

Die NATO hält an der nuklearen Abschreckung fest. Sie hat klar gemacht, dass sie eine nukleare Allianz bleiben werde, solange es Nuklearwaffen gebe (NATO 2012). Sie signalisierte Bereitschaft, die Abhängigkeit von taktischen Nuklearwaffen zu reduzieren, dies jedoch nur im Tandem mit Russland. Indes geht jedoch ein Milliarden schweres Modernisierungsprogramm für die taktischen Nuklearwaffen vonstatten. Betroffen hiervon sind auch jene in Europa stationierten Sprengköpfe. So wurde vor kurzem berichtet, dass die Stationierung der modernisierten B-61 in Deutschland bevorstehe (The Moscow Times, 23. September 2015).³

³ Dieser Schritt könnte das Mächtegleichgewicht in Europa ändern, hielt der Kremlin-Sprecher, Dmitry Peskov, fest und fügte hinzu, dass „without a doubt it would demand that Russia take necessary countermeasures

Sie soll über ein Lenksystem verfügen und könnte in Verbindung mit dem Kampfflugzeug F-22 mit Stealth-Fähigkeiten erneut an militärischer Bedeutung gewinnen. Deutschland stützt sich also nicht nur weiterhin auf die sog. erweiterte nukleare Abschreckung, es ist (neben Belgien, Italien, der Niederland und der Türkei) auch eines der fünf verbleibenden europäischen Länder, die Nuklearwaffen aus dem US-Arsenal auf ihrem Territorium verwahren.

Conclusio: Stolper- statt Trittsteine

Das Jahr 2015 war im Hinblick auf die nukleare Abrüstung offenbar kein gutes. Nicht nur, dass keine Abrüstungsschritte gesetzt wurden, die Modernisierung oder der Ausbau bestehender Arsenale ging weiter. Zudem scheiterte die NPT-Überprüfungskonferenz an den Themen NWFZ Naher Osten⁴ sowie an der mangelnden Abrüstungsbereitschaft der NWS. Neben den Bestrebungen der Staaten im Besitz von Nuklearwaffen sicher zu stellen, dass sie auch in den kommenden Dekaden über ein funktionierendes und verlässliches Arsenal verfügen, zeigten auch die Entwicklungen rund um die Ukraine-Krise, dass Nuklearwaffen keineswegs Relikte aus der Zeit des Kalten Krieges darstellen, die nur auf ihre Zerstörung warten. Sie haben aus der Perspektive der Nuklearwaffenbesitzer weiterhin einen Nutzen und werden sogleich hervorgeholt, wenn dies als notwendig oder opportun erscheint. Der russische Präsident Wladimir Putin hat im Sommer 2014 die Notwendigkeit gesehen in Erinnerung zu rufen, dass das Land über ein großes Nuklearwaffenarsenal verfügt (Pifer 2015). Monate später sagte er in einem Interview, dass er während des Konflikt um die Krim bereit war, die nuklearen

to restore the strategic balance and parity" (zitiert in Moscow Times, 23. September 2015).

⁴ Auf der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 war die Einberufung einer Konferenz zur Verwirklichung einer NWFZ im Nahen Osten vereinbart worden, die bis 2012 stattfinden sollte und an der alle Staaten der Region teilnehmen sollten (Genauer gesagt, besteht das Ziel in der Errichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone (*Weapons of Mass Destruction Free Zone*, WMDFZ); dieses Papier berücksichtigt jedoch allein die nukleare Dimension). Alle Länder bis auf Israel – das sich als Nicht-NPT-Staat nicht an die Beschlüsse der NPT-Überprüfungskonferenzen gebunden fühlt – sagten auch ihre Teilnahme zu. Aus israelischer Perspektive müssen zunächst die Konflikte in der Region gelöst werden und Frieden herrschen, eher eine NWFZ etabliert werden kann. Die arabischen Staaten hingegen fordern, dass Israel als erstes sein Nukleararsenal aufgeben, dem NPT beitreten, und alle seine nuklearen Anlagen unter IAEA-Überwachung stellen soll (Ben Ami 2009). Auf Initiative von arabischen Staaten unter der Führung von Ägypten enthielt der Entwurf für das Schlussdokument der Überprüfungskonferenz 2015 einen Passus, wonach der UN-Generalsekretär bis 1. März 2016 eine Konferenz zum Thema einberufen würde, zu der alle Länder der Region eingeladen werden würden. Die Konferenz würde sodann Folgemaßnahmen auf dem Weg zum Abschluss eines Vertrags über die Gründung einer NWFZ (korrekter, WMDFZ) vorgeben. Dieser Vorschlag wurde von den USA, Kanada, und Großbritannien abgelehnt. Während diese Länder Ägypten für das Scheitern der Konferenz verantwortlich machten, bedankte sich Israel bei den USA dafür, die Annahme des Textes verhindert zu haben.

Streitkräfte für den Fall einer westlichen Intervention in Alarmbereitschaft zu versetzen (Kleine Zeitung, 16. März 2015). Auf der NPT-Überprüfungskonferenz 2015 warnte sodann der Direktor der Abteilung für Non-Proliferation und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, Mikhail Ulyanov, dass Russland – wenngleich derzeit nicht beabsichtigt – sein Nukleararsenal angesichts von „US measures undermining global strategic stability“ (Sputnik, 17 May 2015) ausbauen könnte.

Vor diesem Hintergrund bleibt eine nuklearwaffenfreie Welt – zumindest vorerst – eine Wunschvorstellung von vielen NNWS und Teilen der Zivilgesellschaft. Die sog. Trittsteine („stepping stones“) erfüllen vielmehr die Funktion von Stolpersteinen. Es entsteht der Eindruck, als würde man *Minesweeper* spielen, ständig jedoch eine Mine erwischen. Sei es die NWFZ Naher Osten, das Inkrafttreten des CTBT, oder etwa auch die Ausverhandlung eines FMCT – an keiner Front gibt es einen nennenswerten Fortschritt, geschweige denn einen Durchbruch. Es scheint so, als wäre es an der Zeit, sich von diesen Projekten zu verabschieden. Schließlich bieten sie Nuklearwaffenstaaten auch eine sichere Zuflucht in ihrem Schatten, ein Feigenblatt für ihr Festhalten an Massenvernichtungswaffen. Sie werden zum Symbol fehlenden politischen Willens, auf nukleare Massenvernichtungswaffen zu verzichten. Denn wäre der politische Wille da, würden sie erst gar nicht benötigt werden. Anstatt diese mit Minen verlegten Routen zu nehmen, könnte der direkte Weg zu einer Nuklearwaffenkonvention eingeschlagen werden. Dies wäre in der Tat eine Abkürzung. Zudem könnten die Verhandlungen auf neun Staaten im Besitz von Nuklearwaffen reduziert werden. Alle anderen Staaten, die sich im NPT ohnehin dazu verpflichtet haben, keine Nuklearwaffen zu bauen, wovon die meisten wiederum die *Humanitarian Pledge* unterstützen, müssten am Anfang erst gar nicht mit am Verhandlungstisch sitzen, sondern erst dann, wenn die Verhandlungen unter den Waffenbesitzern gefruchtet haben. Sogar diese Verhandlungen könnten am Anfang auf die USA und Russland begrenzt werden (wie dies etwa von China vorgeschlagen wird), andere sich dann anschließen, wenn die Reduktionen in den Arsenalen der USA und Russlands zu einer numerischen Parität geführt haben. Der Kreis der Verhandlungsteilnehmer würde also in Etappen wachsen. So würde auch das Projekt eines nuklearwaffenfreien Nahen Ostens nicht von Verhandlungen zwischen arabischen Staaten, dem Iran, und Israel abhängen. Israel würde in diesem Fall mit den anderen Waffenbesitzern verhandeln.

Wird es soweit kommen? - Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, nicht in absehbarer Zukunft. Denn nicht der Weg ist das wahre Problem, sondern das Ziel. Am Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt scheinen die Waffenbesitzer derzeit kein Interesse zu haben. Sie werden also am Schritt-für-Schritt-Ansatz und an den sog. „building blocs“ festhalten. In etwas anderes als in eine Sackgasse führen diese offenbar nicht. Deshalb sollten sich die Unterstützer einer nuklearwaffenfreien Welt fragen, ob es denn Sinn macht, diese Initiativen weiterzuverfolgen. Mit einer Prise Zynismus könnte behauptet werden, dass sie bis dato nicht mehr als riesengroße CO₂-Abdrücke hervorgebracht haben.⁵ Auch eine Nuklearwaffenkonvention, der die Nuklearwaffenstaaten nicht beitreten, würde keinen Mehrwert darstellen. Eine nuklearwaffenfreie Welt bleibt also im besten Falle Zukunftsmusik. Nuklearwaffenbesitz sowie nukleares Säbelrasseln werden weiterhin unsere Realität prägen. Uns bleibt die Hoffnung, dass diese Waffen nicht irrtümlich oder bewusst eingesetzt werden. Hier scheint jedoch Pessimismus angebracht. Stephen Hawking brachte es auf den Punkt: „Though we are clever enough to have designed such weapons, I am not sure we are clever enough not to use them“ (siehe Human Self Destruction o.J.).

⁵ Eine Ausnahme stellen zweifelsohne die zur Verifikation des CTBT installierten Elemente, insbesondere das *International Monitoring System* (IMS) dar, welche auch im Falle einer Annahme einer Nuklearwaffenkonvention von großer Bedeutung sein würden.

Literatur

Ben Ami, Shlomo (2009): Nuclear Weapons in the Middle East: The Israeli perspective, September 2009, file:///C:/Users/hakan/Downloads/ben_ami_paper.pdf [Zugriff: 22. September 2013].

BMeiA [Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten] (2013): Österreich setzt sich an vorderster Front für eine Welt ohne Atomwaffen ein. Presseaussendung. [Zugriff: 17. Januar 2014].

Czech Republic (2014): [o.T.; Statement Delivered to the Third Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons held in Vienna, 8-9 December 2014], http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW14/Statements/HINW14_Statement_Czech_Republic.pdf [Zugriff: 10. Dezember 2014].

Generalversammlung [der Vereinten Nationen] (2013): Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 5. Dezember 2013, A/RES/68/32, 10. Dezember 2013, <http://www.un.org/depts/german/gv-68/band1/ar68032.pdf> [Zugriff: 26. September 2015].

Germany (2014): Statement by Ambassador Christoph Eichhorn, Deputy Federal Commissioner for Arms Control and Disarmament at the 3rd Conference on Humanitarian Impact of Nuclear Weapons, 9 December 2014, Vienna, http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW14/Statements/HINW14_Statement_Germany.pdf [Zugriff: 10. Dezember 2014].

Human Self Destruction [o.J., Video], <http://www.discovery.com/tv-shows/other-shows/videos/other-shows-stephen-hawking-videos/> [Zugriff: 19. Mai 2015].

ICAN (2015): Humanitarian Pledge, 28. September 2015, <http://www.icanw.org/pledge/> [Zugriff: 08. September 2015].

IAEA [International Atomic Energy Agency] (2015): “Significant Progress” in Implementation of Road-map, IAEA Director General Says on Return from Iran, 21. September 2015, <https://www.iaea.org/newscenter/news/%E2%80%9Csignificant-progress%E2%80%9D->

Der Iran-Deal ist durch –
Wie steht es eigentlich um die nukleare Abrüstung?
Hakan Akbulut

[implementation-road-map-iaea-director-general-says-return-iran](#) [Zugriff: 26. September 2015].

IPFM [International Panel on Fissile Materials] (2013): Global Fissile Material Report 2013, <http://fissilematerials.org/library/gfmr13.pdf> [Zugriff: 15. Dezember 2014].

IPPNW [International Physicians for the Prevention of Nuclear War, n.d.]: Nuclear Famine: Climate Effects of Regional Nuclear War, <http://www.ippnw.org/nuclear-famine.html> [Zugriff: 23. September 2015].

Iran (2014): Statement by H.E. Ambassador Reza Najafi, Permanent Representative of the Islamic Republic of Iran Before the International Conference on Humanitarian Impact of Nuclear Weapons, Vienna, 8-9 December 2014, http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW14/Statements/HINW14_Statement_Iran.pdf [Zugriff: 10. Dezember 2014].

Kile, Shannon N.; Kristensen, Hans M. (2013): World Nuclear Forces, in: SIPRI (ed.): SIPRI Yearbook 2013 [Online Edition]. Oxford, New York: Oxford.

Kmentt, Alexander (2015): Eine kritische Bewertung der Überprüfungskonferenz – Ergebnisse und Ausblick, Statement auf der Veranstaltung „Nukleare Nonproliferation und Abrüstung - Eine Bestandsaufnahme nach der NPT-Überprüfungskonferenz 2015“, oiip, 29 Mai 2015.

McNamara, Robert S. (2005): Apocalypse Soon, in: Foreign Policy, Nr. 148, S. 28-35.

Mukhatzhanova, Gaukhar (2014a): Implementation of the Conclusions and Recommendations for Follow-On Actions Adopted at the 2010 NPT Review Conference. Disarmament Actions 1-22, 2014 Monitoring Report, Monterey: CNS.

NATO (2012a): Deterrence and Defense Posture Review, 20 May, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_87597.htm?mode=pressrelease [Zugriff: 25. Mai 2012].

Der Iran-Deal ist durch –
Wie steht es eigentlich um die nukleare Abrüstung?
Hakan Akbulut

NTI [Nuclear Threat Initiative] (2013): Israel. Missile, February 2013,
<http://www.nti.org/country-profiles/israel/delivery-systems/> [Zugriff: 25. Juni 2015].

NTI (2014): North Korea. Overview, December 2014, <http://www.nti.org/country-profiles/north-korea/> [Zugriff: 02. Januar 2015].

Pifer, Steven (2015): Putin's Nuclear Saber-Rattling: What Is He Compensating for?,
<http://www.brookings.edu/blogs/order-from-chaos/posts/2015/06/17-putin-nuclear-saber-rattling-pifer> [Zugriff: 19. Juni 2015].

Shultz, George P.; Perry, William J.; Kissinger, Henry A.; Nunn, Sam (2011): Deterrence in the Age of Nuclear Proliferation, in: Wall Street Journal, 7. März 2011,
<http://www.wsj.com/articles/SB10001424052748703300904576178760530169414> [Zugriff: 27. September 2015].

SIPRI [Stockholm International Peace Research Institute] (2015): Nuclear Forces,
<http://www.sipri.org/research/armaments/nuclear-forces> [Zugriff: 27. September 2015].

South Africa (2014): Statement by South Africa at the Third International Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons, Vienna, Austria, 9 December 2014,
http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW14/Statements/HINW14_Statement_South_Africa.pdf [Zugriff: 27. September 2015].

UK (2014): UK Intervention at Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons 8-9 December 2014,
http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW14/Statements/HINW14_Statement_UK.pdf [Zugriff: 10. Dezember 2014].

Zeitungen und Nachrichtenportale:

Bloomberg Business, <http://www.bloomberg.com/europe>

Kleine Zeitung, <http://www.kleinezeitung.at/>

Moscow Times, The, <http://www.themoscowtimes.com>

Sputnik, <http://sputniknews.com/>

Washington Post, The, <https://www.washingtonpost.com/>